

„Desgleichen hatte man noch nicht erlebt...“ – 100 Jahre Internationaler Frauentag

Hervé, Florence

2011

<https://doi.org/10.25595/3275>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hervé, Florence: „Desgleichen hatte man noch nicht erlebt...“ – 100 Jahre Internationaler Frauentag, in: *Femina politica* : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 20 (2011) Nr: 1, 127–131. DOI: <https://doi.org/10.25595/3275>.

„Desgleichen hatte man noch nicht erlebt...“ – 100 Jahre Internationaler Frauentag

FLORENCE HERVÉ

In den letzten Jahren wurde der Internationale Frauentag nahezu weltweit begangen. Allerdings ist seine Geschichte weitgehend unbekannt. Vielmehr kursieren viele Gerüchte und Halbwahrheiten darüber und er wird nicht selten als „sozialistischer Muttertag“, als „DDR-Erfindung“, als „Feigenblattaktion“ bezeichnet – oder auch als Alibi-Tag, den es abzuschaffen gilt. Es lohnt sich also, einen Blick auf die Geschichte zu werfen, denn Fortschritte und Rückschläge, Erfolge und Niederlagen der Frauenbewegung, der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung prägten seine Entwicklung.

Fest steht: Der Internationale Frauentag wurde von den Kämpfen der Arbeiterinnen um bessere Arbeitsbedingungen und gleichen Lohn inspiriert, von US-amerikanischen Sozialistinnen 1909 angeregt, von der Journalistin und Vertreterin der proletarischen Frauenbewegung Clara Zetkin 1910 beim zweiten internationalen sozialistischen Frauenkongress in Kopenhagen beantragt und durchgesetzt, und schließlich von den Frauenbewegungen ab 1911 in aller Welt umgesetzt. Es war kein einsamer Beschluss, sondern eine internationale Aktion mit vielen Müttern und Töchtern. Und mit vielen Gegnern.

In vielen Ländern wurde der 100. Internationale Frauentag bereits im letzten Jahr begangen und das Engagement der sozialistischen Frauen und der historische Beschluss von Kopenhagen gewürdigt. In Deutschland wird dem 100. Jahrestag vor allem in diesem Jahr gedacht, in Erinnerung an die ersten Demonstrationen für Frauenrechte, die Erinnerung an 1911 steht deshalb für die Einsicht, dass es einer Vielzahl von Frauen-Bündnissen bedarf, einer „einheitlichen Aktion“ (Clara Zetkin), um etwas zu bewegen.

Aufbrüche – Der erste Internationale Frauentag am 19. März 1911

Der Kopenhagener Beschluss lautete: „Um die Einführung des politischen Frauenwahlrechts zu beschleunigen“ wird alljährlich ein Frauentag mit „internationalen Charakter“ veranstaltet. Zetkin erläuterte ihre Initiative, die ohne Unterstützung ihrer Partei geschah, nachträglich in einem Diskussionsbeitrag auf der SPD-Frauenkonferenz 1911 in Jena: „Als es sich darum handelte, den Antrag auf Abhaltung des Frauentages in Kopenhagen einzubringen, standen so viele Genossen und Genossinnen diesem Antrag ablehnend gegenüber, dass er nicht namens der ganzen

deutschen Delegation eingebracht werden konnte, sondern als von Einzelpersonen eingebracht gelten mußte.“ Er wurde einstimmig angenommen, gefeiert wurde er nicht. Auf dem Kongress der II. Internationale, der gleich nach der Frauenkonferenz in Kopenhagen tagte, wurden das Thema Frauenstimmrecht und der Beschluss zum Frauentag nicht einmal behandelt. Viele Genossen sahen „Frauenrechtleri“ nicht gerne; Rechte fürchteten Umstürzlerisches und mancher linker Sozialdemokrat fürchtete mit der Orientierung auf „Frauenwahlrecht“ Reformistisches. Im Vorfeld des 19. März 1911 gab es Bedenken bei SPD-Männern: „Ob der Frauentag denn nicht von der Parteiorganisation veranstaltet werde, wenn ja, warum dann die besondere Aufforderung an die Genossinnen?“

Zweieinhalb Millionen Flugblätter waren in Deutschland verteilt worden, für das Frauenwahlrecht, für Arbeitszeitverkürzung und Bildung. Es hieß: „Der 19. März ist euer Tag, an dem ihr zum Ausdruck bringen sollt, dass ihr es satt habt, als Gleichverpflichtete, aber Minderberechtigte euch zu mühen.“ Die Sozialdemokratin Luise Zietz forderte die Genossinnen dazu auf, zuallererst ihre Bürgerpflichten zu erfüllen und für das Wahlrecht zu demonstrieren. Und wenn Kinder zu betreuen waren, „sollten sich die Frauen mit ihren Männern verständigen, dass diese sich ein paar Stunden ‚ganz ihren Vaterfreuden hingeben‘, dass sie die Aufsicht der Kleinen übernehmen.“ Zetkin gab eine Sondernummer der „Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“ heraus, in einer Auflage von 100.000 Exemplaren. Der Internationale Frauentag 1911 wurde offiziell von den Gewerkschaften unterstützt. Am 19. März 1911 kamen mehr als eine Million Frauen in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA zu Versammlungen und Demonstrationen zusammen. In Berlin waren es 45.000 Teilnehmerinnen. Berichtet wurde im „Vorwärts“: „Desgleichen hatte man noch nicht erlebt, dass die Frauen in solchen Massen mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts an die Öffentlichkeit traten. ... Als die Versammlung zu Ende war und die Massen aus dem Saale strömten, wurde es natürlich etwas lebhafter auf der Straße. Man brachte ein tausendstimmiges Hoch auf das Frauenwahlrecht aus, und das verletzte, wie es schien, das zartbesaitete Gemüt der Polizei. Es waren an die zwanzig Mann aus einem nahe gelegenen Haus herausgekommen, um die berühmte Ordnung wieder einmal aufrecht zu erhalten. Eine Genossin, die man offenbar für die Anstifterin des Wahlrechtshochrufes hielt, wurde sistiert.“

An den Demonstrationen nahmen auch Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung teil. Die Feministin Minna Cauer und die radikale Pazifistin Lida Gustava Heymann übermittelten Grüße der Berliner Frauen und bekannten sich zum Internationalen Frauentag und dessen Forderungen. Berichtet wird, dass Minna Cauer von diesem „geschichtlichen Ereignis für die Frauen“ sehr beeindruckt war.

Dis-Kontinuitäten – der Frauentag im politischen Kreuzfeuer

Bis zum Ersten Weltkrieg war der Frauentag zu einem Tag vieler Frauen geworden, für ihre Rechte und für den Frieden. In Deutschland mussten allerdings die

sozialdemokratischen Frauen jedes Jahr um dessen Durchführung kämpfen. Clara Zetkin schrieb an ihre holländische Freundin Helen Ankersmit 1912: „Ich will nicht verhehlen, dass in manchen Parteikreisen noch eine ziemliche Abneigung besteht gegen den Frauentag.“

Im März 1913 wurden die Aktivitäten aus Anlass des Internationalen Frauentags zu einer Frauentagswoche, zu einer so genannten „Roten Woche“. Und in Dänemark, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz, in Bulgarien, Kroatien, Slowenien, in tschechischen und slowakischen Gebieten fanden Versammlungen statt, sowie zum ersten Mal im zaristischen Russland und in Ungarn. Es ging u.a. um das Wahlrecht, Arbeiterinnen- und Mutterschutz und den 8-Stunden-Tag.

1914 fand erneut eine rote Woche statt, in Österreich waren es mehr als 200 Veranstaltungen, in den Niederlanden 70. Diesmal gab es auch erstmalig Aktivitäten in Frankreich und Finnland. Auf der Pariser Kundgebung gab es deutsche, englische, russische und spanische Begrüßungsreden und ein Solidaritätsschreiben an die inhaftierte Rosa Luxemburg. Während des Krieges zeitweilig verboten, fanden zum Frauentag 1915 in Deutschland und Österreich illegale Demonstrationen statt, 1916 nur Versammlungen im Saal. „Krieg dem Krieg“ hieß die Losung. Der Antrag von Luise Zietz, die Durchführung des Frauentags im März 1917 zu genehmigen, wurde scharf zurückgewiesen, die Partei habe mit anderen Beschlüssen genug zu tun. Der damalige SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert stellte als „die Meinung des Parteiausschusses fest, dass im März kein Frauentag stattfinden soll.“ Friedensaktionen waren nicht erwünscht. Clara Zetkin wurde als Redakteurin der „Gleichheit“ nach 27 Jahren entlassen. Den Frauentag begingen nun die USPD-Frauen und Clara Zetkin. 1921, auf der zweiten Internationalen Konferenz der Kommunistinnen, wurde in Erinnerung an den Streik der Petersburger Textilarbeiterinnen am 8. März 1917 – nach dem alten russischen Kalender der 23. Februar – der 8. März als einheitliches Datum beschlossen. In den 1920er Jahren führte die Stärkung nationaler Befreiungsbewegungen zu einer Verbreitung des Internationalen Frauentags. So gab es Veranstaltungen u.a. in Bulgarien, China, Estland, Finnland, Japan, dem Iran, Litauen und Rumänien. Entsprechend der aktuellen politischen Situation wechselten die Inhalte. Zum Ende der Weimarer Republik waren der Kampf gegen den §218, die Weltwirtschaftskrise, die Erwerbslosigkeit und gegen die faschistische Gefahr zentrale Themen. Im Rahmen ihrer Massenkampagne führte die KPD im März 1931 etwa 1.500 Versammlungen gegen den § 218 durch – in Berlin protestierten rund 3.000 Frauen gegen ein Gesellschaftssystem, das Arbeit und Brot nicht sichert, aber Frauen dazu zwingt, Kinder für ein menschenunwürdiges Leben in Not auszutragen. Auf den etwa 1.200 sozialdemokratischen Frauenveranstaltungen wurde ebenfalls die Beseitigung des § 218 gefordert.

Nach der Machtergreifung der Nazis 1933 war die Durchführung des 8. März nicht mehr möglich. Illegale Flugblattaktionen fanden trotzdem statt. Sogar im Konzentrationslager wurde der 8. März begangen – er war Erinnerung an eine bessere Vergangenheit und Hoffnung auf Befreiung.

Nach 1945 – Brüche und neue internationale Perspektiven

Die Erfahrungen des Faschismus und des 2. Weltkriegs prägten den Aufbruch, sichtbar auf dem internationalen Frauentreffen am 8. März 1945 in London wie 1947 auf dem „Deutschen Frauenkongress“ zum Internationalen Frauentag in Berlin, an dem der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) gegründet wurde. In der Sowjetischen Besatzungszone wurde der 8. März 1946 von den antifaschistischen Frauenausschüssen wieder begangen. Nach der Teilung Deutschlands entwickelte er sich in der DDR vielfach zu einem sozialistischen Feiertag, an dem Frauen geehrt wurden.

Auch in den Westzonen gab es nach 1945 gemeinsame Veranstaltungen, die ersten großen 1950 zum 40. Jahrestag des Internationalen Frauentages. Trotz des sich verschärfenden kalten Kriegs setzten Unorganisierte, Kommunistinnen und Gewerkschafterinnen die Tradition des Frauentages fort. Gleichberechtigung, Kampf gegen die Wiederaufrüstung, Völkerverständigung und internationale Zusammenarbeit waren die Themen. In der breiten Öffentlichkeit wurde der Frauentag in den 1960er Jahren ein fast vergessener Tag. Die Medien schwiegen ihn tot, die KPD und der DFD waren inzwischen verboten, die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung war vom Verbot bedroht.

Kommunistinnen, Frauen der Demokratischen Fraueninitiative und aus der autonomen Bewegung, Gewerkschafterinnen und Sozialdemokratinnen haben Ende der 1960er Jahre gegen anfangs erheblichen Widerstand den 8. März wieder als Tag der Frauen bekannt gemacht. Dazu trugen der gemeinsame Aufbruch von Frauen im Kampf gegen den §218 StGB, die Reform- und Entspannungspolitik wie der Protest gegen Rüstungswahn und die internationale Zusammenarbeit in der Frauenfriedensbewegung entscheidend bei. Behinderungen gab es noch, wie es der DGB-Beschluss 1980 zeigt, von eigenen Veranstaltungen abzusehen – das Prinzip der Einheitsgewerkschaft würde es verbieten. Nach vielen Protesten blieb dem DGB nichts anderes übrig, als selbst den Internationalen Frauentag auszurufen.

Mächtige Impulse gaben das von der Internationalen Demokratischen Frauenföderation vorgeschlagene „Internationale Jahr der Frau für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“ der UNO im Jahr 1975 und die Tatsache, dass der Internationale Frauentag erstmals offiziell durch das höchste Staatengremium begangen wurde. 1977 beschlossen die Vereinten Nationen den 8. März als Tag für die Rechte der Frauen und den Weltfrieden, wodurch er international einen richtigen Aufschwung erlebte. In Frankreich seit 1982 offiziell anerkannt, ist der 8. März heute in rund 30 Ländern ein gesetzlicher Feiertag.

Und um welche Forderungen geht es heute? Es geht natürlich nicht mehr um das Wahlrecht, sondern um Menschenrechtsverletzungen, um Gewalt gegen Frauen, Zwangsehen, Ehrenmorde, Steinigungen, Genitalverstümmelungen, Frauenhandel, Verweigerung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für Migrantinnen etc. Nicht den Internationalen Frauentag gilt es abzuschaffen, sondern Diskriminierungen wie z.B. Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern. Der Internationale Frauentag

bleibt eine Aufforderung zu alltäglichem Widerstand gegen Diskriminierung, Sexismus, Rassismus und Patriarchalismus und eine Aufforderung zum Engagement für Gleichheit, Demokratie und Selbstbestimmung, in praktischer Solidarität vor Ort und international.

Literatur

Hervé, Florence (Hg.): Clara Zetkin oder: „Dort kämpfen, wo das Leben ist“, Berlin.

Scholze, Siegfried, 2001: Der Internationale Frauentag einst und heute. Geschichtlicher Abriss und weltweite Tradition vom Entstehen bis zur Gegenwart. Berlin.

Stuckmann, Dagmar, 2011: „Gebt Raum den Frauen“. 100 Jahre Internationaler Frauentag in Bremen 1910-2010, Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.

Wurms, Renate, 1983: Wir wollen Freiheit, Frieden, Recht. Der Internationale Frauentag. Zur Geschichte des 8. März. Frankfurt/M.

Wurms, Renate, 2006: Stichwort „Internationaler Frauentag“. In: Hervé, Florence/Wurms, Renate (Hg.): Das Weiberlexikon. Köln.

Nordafrikas Revolutionen: Eine Chance für mehr Geschlechtergerechtigkeit? Das Beispiel Tunesien

TANJA SCHEITERBAUER

Bereits 2005 sprach der deutsche Islamwissenschaftler Volker Perthes von einer geopolitischen Revolution, vor der die Länder des Nahen und Mittleren Osten stünden (Perthes 2006, 8). Dass diese Revolutionen – getragen vor allem von der tunesischen und ägyptischen Jugend – dann tatsächlich sechs Jahre später zwei Regime zu Fall bringen würden, hatte zu diesem Zeitpunkt niemand für möglich gehalten. Perthes beobachtete eine spürbare „Unruhe“, die v.a. die Irak-Invasion der USA ausgelöst hätte. Infolge des Irakkrieges und der internationalen Forderungen nach Reformen seien die Stimmen der Kritik an den inneren Verhältnissen zunehmend lauter geworden (ebd., 9). Auch wenn in den derzeitigen Pressekommentaren die verzweifelten Selbstverbrennungen von Männern als Hauptursache für die massenhaften Proteste zitiert werden, so werden die Revolutionen sicherlich erst im Lichte dieser längeren Entwicklungen erklär- und analysierbar.

Binnen weniger Wochen ist es den TunesierInnen bzw. ÄgypterInnen gelungen, zwei autoritäre Machthaber – Zine el Abidine Ben Ali und Hosni Mubarak – zu stürzen, die in ihren jeweiligen Ländern Milliardenbeträge veruntreut haben. Durch die beiden kurz aufeinander folgenden Revolutionen ist aber nicht nur die illegitime Herrschaft dieser Regime und die scheinbar unlimitierte Bereicherung der politischen